

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
24.04.2013
Ausschussbetreuender Fachbereich
Bildung, Kultur, Schule und Sport
Schriftführung
Petra Weymans
Telefon-Nr.
02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Dienstag, 29.01.2013

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:00 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 27.11.2012
- öffentlicher Teil -
*0008/2013***

- 3 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6** **Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft: Rückblick Projekte 2012 und Ausblick
Projekte 2013**
0632/2012

- 7** **Änderung der Entgeltordnungen wegen der Einführung der Ehrenamtskarte**
0006/2013

- 8** **Änderung der Archivbenutzungssatzung**
0637/2012

- 9** **Anträge der Fraktionen**

- 10** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung spielen die Gitarristen Marius Kampf und Louis Alexander Pater, beide 13 Jahre alt und Schüler der Städtischen Max-Bruch-Musikschule vor. Beide haben erfolgreich beim Regionalwettbewerb Jugend musiziert teilgenommen und einen 1. Preis im Gitarrenduo erlangt.

Herr Dr. Miede dankt den beiden jungen Gitarristen für ihren Vortrag, begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 27.11.2012 - öffentlicher Teil - *0008/2013*

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Mumdey erklärt, in der Beschlussvorlage zur Sanierung des Sportplatzes Steinbreche (Drucksachen-Nr. 0298/2012) sei im ursprünglichen Beschlussvorschlag unter Punkt 4 ein Zuschuss an den Verein SV Refrath/Frankenforst zu den notwendigen Schulsporthallen auf dem neu zu

errichtenden Sportplatz in Höhe von 100.000 € vorgesehen gewesen. Im Rahmen der Beratungen sei dann in dem Beschlussvorschlag unter Punkt 3 der Satz „*Die Stadt trägt die Kosten bis zur Errichtung eines Tennisplatzes analog dem Vorgehen bei dem Sportplatz Milchborntal*“ eingefügt worden. Damit sollte festgelegt werden, dass die Vereine in gleich gelagerten Fällen auch gleich behandelt und Zuschüsse in gleiche Höhe geleistet würden. Leider sei der Punkt 4 bei der Veränderung des Beschlussvorschlages nicht gestrichen worden, so dass gemäß neu formuliertem Beschlussvorschlag dem Verein SV Refrath/Frankenforst zu dem Zuschuss in Höhe der Kosten bis zur Errichtung eines Tennisplatzes noch zusätzlich ein Zuschuss in Höhe von 100.000 € gewährt würde. Dies sei, gerade unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung der Vereine, sicher nicht gewollt. Es werde, wie in den bisherigen Verfahren, an den Verein ein Zuschuss in Höhe der Kosten bis zur Errichtung eines Tennisplatzes gezahlt. Der Verein SV Refrath/Frankenforst sei auch in dieser Hinsicht informiert worden.

Herr Dr. Speer bittet Herrn Herweg zur Teilnahme der Städtischen Max-Bruch-Musikschule am diesjährigen Regionalwettbewerb Jugend musiziert zu berichten.

Herr Herweg erklärt am Regionalwettbewerb Jugend musiziert hätten 86 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Kreisen Rhein-Berg und Oberberg teilgenommen. Die Städtische Max-Bruch-Musikschule sei mit 19 Musikerinnen und Musikern vertreten gewesen. Alle hätten einen ersten Preis gewonnen. 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hätten eine Weiterleitung zum Landeswettbewerb erhalten. Die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer insgesamt sei im Vergleich zu 2010, wo dieser Wettbewerb mit den gleichen Wertungskategorien stattgefunden hätte, von 106 auf 86 zurückgegangen. Derzeit eruiere man die Gründe des Rückganges. Ein Grund könnte im Ganztagsunterricht liegen. Ferner gebe es Probleme an den Musikschulen in Rösrath und Wermelskirchen.

Eine Liste aller Teilnehmer der Städtischen Max-Bruch-Musikschule ist als Anlage beigefügt.

Herr Dr. Speer teilt mit, eine Zusammenfassung der Schulstatistik liege als Tischvorlage vor. Die ausführliche Gesamtstatistik werde auf Wunsch von Herrn Pütz zugeschickt. In der Zusammenfassung sei die erste Tabelle (Seite 1) um die Angabe „Schüler im offenen Ganztage“ ergänzt worden. In den Tabellen auf Seite 2 und 4 seien die Schulen farblich markiert, die inklusiven Unterricht anböten. Die letzte Tabelle gebe einen Überblick über die Entwicklung der schulpflichtig werdenden Kinder in den verschiedenen Wohnplätzen. Zum Sachstand der Errichtung der neuen Gesamtschule erklärt er, es hätten zwei Tage der Offenen Tür stattgefunden. Beide Veranstaltungen seien mit 120 Eltern bzw. 100 Eltern sehr gut besucht gewesen. Zusätzlich habe es noch einen Informationsabend für die Eltern mit dem kommissarischen Schulleiter über das Anmeldeverfahren gegeben. Auch dieser sei mit 100 - 120 Personen gut besucht gewesen. Ferner hätten sich Anwohner des Ortsteils Gronau positiv über das neue Schulangebot geäußert. Ab dem 04.02.2013 könnten dann die Eltern ihre Kinder anmelden.

Frau Lehnert bittet darum, ein Exemplar der ausführlichen Schulstatistik jeder Fraktion zukommen zu lassen. Herr Dr. Speer sagt dies zu.

6. Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft: Rückblick Projekte 2012 und Ausblick Projekte 2013 0632/2012

Herr Dr. Miede schlägt vor, die Punkte Rückblick, Ausblick und die Anlagen nacheinander zu behandeln. Hiermit zeigt sich der Ausschuss einverstanden.

Herr Buhleier erläutert die Projekte, die in Kooperation mit dem Fachbereich 4 entstanden seien. Zum Punkt „Verbindliche Gestaltung der Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen“ ergänzt er, das Angebot „moderierende Unterstützung abzurufen“ sei von den Kindertagesstätten und von den Grundschulen nicht genutzt worden, da es bereits viele gut funktionierende Kooperationen gebe. In Gronau gebe es eine Kooperation der Grundschule mit mehreren Kindertagesstätten unter dem Titel „Fit für die Zukunft“, die vom Jugendamt begleitet werde. Dieser Ansatz solle in 2013 auf Bensberg und die Stadtmitte ausgeweitet werden.

Herr Kleine möchte gerne wissen, warum so wenige Menschen die Bildungsmesse im Bergischen Löwen während des Kultur- und Stadtfestes besucht hätten und ob es Planungen gebe, diese in Zukunft zu optimieren. Ferner möchte er gerne wissen, warum die Handreichung „Übergang Kindertageseinrichtung - Grundschule leicht gemacht“ nicht wie gewünscht genutzt worden sei.

Frau Lehnert dankt der Verwaltung für ihre Arbeit und die vielen Angebote. Die Veranstaltungen seien durchweg gut besucht gewesen. Die Bildungsmesse sei leider nicht so gut besucht gewesen, was auch an der schlechten Beschilderung gelegen haben könnte. Sie sei zwar im Flyer zum Stadtfest aufgeführt gewesen, dies habe aber nicht ausgereicht, die Menschen bei dem schönen Wetter in den Bergischen Löwen zu locken. Die Bildungsmesse sei aber sehr interessant gewesen; man habe attraktive Anbieter vorgefunden und informative Gespräche führen können. Bezüglich des fehlenden Interesses der Kindertagesstätten an der Handreichung möchte sie anmerken, es gebe in Bergisch Gladbach bereits seit vielen Jahren enge Kooperationen zwischen Kindertagesstätten und Schulen.

Auch Frau Koshofer erklärt, es sei seitens der Verwaltung viel Arbeit geleistet worden. Sie halte die Unterstützung der Schulen und Kindergärten trotz guter Kooperationen für wichtig, wie z.B. bei der Frage der Sprachstandserhebung und der Einschulung von Kindern, die vorher keine Kindertagesstätte besucht hätten.

Herr Buhleier erklärt, für die Bildungsmesse hätte man mehr Werbung machen müssen. Ferner müsse man über ein attraktives Rahmenprogramm nachdenken. Der Bergische Löwe habe die Durchführung der Veranstaltung hervorragend und professionell unterstützt. Negative Wertungen habe der Veranstaltungsort seiner Meinung nach aus zwei Gründen erhalten. Der Bergische Löwe sei den Besuchern bei dem schönen Wetter ein bisschen zu dunkel erschienen. Und verschiedene Teilnehmer - vor allem in der dritten Etage - hätten das Gefühl gehabt, sie seien „zu weit weg“ gewesen. Verschiedentlich wurde der Wunsch geäußert, für eine solche Messe ein Gebäude mit einem großen Raum zu nutzen. Andere Teilnehmer und Besucher jedoch fanden den Bergischen Löwen als geeignet. Zu den Kooperationen zwischen den Grundschulen und den Kindertagesstätten möchte er noch ergänzen, die Handreichungen seien nicht so abgefragt worden, weil es moderierende Prozesse bereits gebe, die auch laufenden Qualitätsverbesserungen unterlägen.

Herr Dr. Miede bittet Herrn Buhleier zum Thema Ausblicke 2013 Stellung zu nehmen.

Herr Buhleier führt aus, es werde wieder eine Veranstaltung für Bildungsakteure durchgeführt und die Fortbildung zum Thema „Wie motiviere ich motivationslose Jugendliche?“ nochmals angeboten. Auf Grund des geplanten Elternkongresses werde die Bildungsmesse in 2013 nicht stattfinden. Der Elternkongress habe eine ähnliche Zielgruppe und ähnliche Anbieter wie die Bildungsmesse. Auch seien die Offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen durch das am 28.09.2013 stattfindende Jugendkulturfestival stark eingespannt. Zum Aktionsplan Inklusion habe im Mai 2012 die Auftaktveranstaltung mit über 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattgefunden. Die Verwaltung verfasste derzeit diesen Aktionsplan. Geplant sei, diesen am 09.04.2013 im Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung, am 18.04.2013 im ASSG, am 23.04.2013 im ABKSS in ersten Lesung zu beraten. Danach folge eine zweite Lesung in den Ausschüssen mit dem Ziel der Beschlussfassung am 18.07.2013 im Rat. Zum Punkt „weitere Entwicklungen“ möchte er noch auf die Bildungs-

projekte des Stadtteilmanagements in den Stadtteilen Gronau / Hand, Bockenberg und Stadtmitte hinweisen. Der Sachstandsbericht hierzu sei im Ratsinformationssystem unter der Drucksache-Nr. 0494/2012 abrufbar. Vorstellen möchte er noch das Märchenvorleseprojekt, welches erstmalig stattgefunden habe. Für den Erwerb von Lesekompetenz von Kindern sei es wichtig, dass auch die Eltern in der Lage seien, ihren Kindern vorzulesen. Daher habe man Müttern, deren Kinder an der Evangelischen und Katholischen Grundschule in Bensberg gerade eingeschult worden seien, das Angebot gemacht, an diesem Märchenvorleseprojekt teilzunehmen. Fünf Mütter mit fünf verschiedenen Nationalitäten hätten teilgenommen und unter professioneller Anleitung im Cafe Kiwo in Bensberg Vorlesetechniken und Märchen erlernt. Die Mütter hätten dann diese Märchen an den beiden Schulen ca. 200 Kindern in einem von der Jugendwerkstatt AWO hergestellten Märchenzelt vorgelesen. Die Mütter hätten großes Interesse gezeigt, dies in Kooperation mit der Familienbildungsstätte des Deutschen Roten Kreuzes weiter durchzuführen. Zusätzlich hätten 14 irakische Frauen, die das Cafe Kiwo besuchten, Interesse an diesem Projekt gezeigt. Geplant sei auch, dieses Angebot auszuweiten. Das Projekt sei vom ADRA-Shop finanziell unterstützt worden. Adra-Deutschland e.V. habe die Kosten für die Herstellung des Märchenzeltes wie auch die Honorarkosten getragen.

Herr Dr. Bernhauser erklärt, er vermisse bei diesen geplanten Aktivitäten die Umsetzung der Aussagen aus der Abfrage „Bildung in Bergisch Gladbach“. Es gebe neben vielen Pauschalaussagen auch konkrete Vorschläge, aus denen man „Projekte“ entwickeln könnte, wie z.B. die Aussage, dass die Internetanmeldung bei der Volkshochschule verbesserungswürdig sei. Die Dokumentation der Aussagen sei das Eine, es sei aber auch zu prüfen, welche konkreten Vorschläge gemacht worden seien und wie diese umgesetzt werden könnten. Vielleicht könne man für die Umsetzung auch das bürgerschaftliche Engagement dieser Mitbürger nutzen. Er möchte gerne wissen, ob daran bereits gedacht worden sei.

Herr Buhleier antwortet, zunächst seien die Rückmeldungen dokumentiert und den Ausschüssen bekannt gegeben worden. Anregungen würden gerne entgegengenommen. Danach werde geprüft, welche Anregungen weiterverfolgt werden sollten. Die Forderung z.B. nach der Teilnahme am Kulturrucksack sei bereits erledigt, da die Bewerbung bereits eingereicht gewesen sei.

Frau Lehnert teilt mit, sie freue sich über die Angebote für 2013. Sie hoffe, dass diese genau so angenommen würden, wie die Angebote in 2012. Sie habe aber noch eine Frage zum Aktionsplan Inklusion. Sie möchte gerne wissen, wann ihnen die in den Arbeitsgruppen formulierten Ziele und Maßnahmen bekannt gegeben würden.

Herr Buhleier erklärt, in den drei Arbeitsgruppen seien 21 Ziele entwickelt worden. Aus zeitlichen Gründen gebe es eine Priorisierung. Ferner sei die Maßnahme „Entwicklung eines Schulentwicklungsplankonzepts zur inklusiven Schule“ aus den Zielen herausgenommen worden. Daran müsse gearbeitet werden, könne aber nicht Aufgabe des Aktionsplans sein; es würde diesen Aktionsplan „überfrachten“. Aus dem Bereich Bildung könne er drei Ziele nennen. An erster Stelle stehe das Ziel „Fachkräfte sind auf die Umsetzung von Inklusion vorbereitet“ - durch Durchführung von Fortbildungen“. Zum Thema „Index für Inklusion Kindertagesstätten“ habe bereits eine Fortbildung stattgefunden. Das zweite Ziel sei „Menschen mit Behinderungen und Angehörigen sind Informationen über Unterstützungsmöglichkeit zugänglich“ - Lotsenstelle Bildung als Maßnahme und das dritte Ziel sei „Bergisch Gladbacher sind über Inklusion informiert und verstehen Verschiedenheit und Vielfalt von Menschen als Bereicherung und als Chance im gesellschaftlichen Leben“. Hier gehe es um Fortbildung, Öffentlichkeitsarbeit, aber auch Unterstützung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Diese Ziele müssten natürlich noch mit Inhalten gefüllt werden. Die Behindertenbeauftragte werde eine wichtige Rolle bei der Umsetzung spielen.

Herr Dr. Miede schlägt vor, die Vorlage mit den Zielen dem Protokoll beizufügen. [*Das Ergebnis „Aktionsplan Inklusion, Handlungsfeld „Bildung“ ist als Anlage beigefügt.*] Zu der Anlage Ergeb-

nisse der Abfrage „Bildung in Bergisch Gladbach“ möchte er zu den teils kritischen Aussagen zu Umbau der Schullandschaft (Seite 11) anmerken, die Errichtung der zweiten Gesamtschule sei nach Prüfung aller Möglichkeiten einstimmig beschlossen worden. Eine Sekundarschule hätte in Bergisch Gladbach keine Chance gehabt. Weiterhin möchte er zur Aussage, es fehle ein Abendgymnasium (Seite 12) eine kurze historische Anmerkung machen. Er selber sei zehn Jahre am Abendgymnasium in Köln tätig gewesen. Ende der siebziger Jahre habe die Stadt Köln den Rheinisch-Bergischen Kreis um Unterstützung ersucht. Die Kurse der Einführungsphase am Abendgymnasium sollten in Bergisch Gladbach, Overath und Rösrath stattfinden, die Qualifizierungskurse in Köln. Die Umsetzung dieser Idee sei jedoch an finanziellen wie auch an technischen Gründen (Delegierung von Lehrern) gescheitert. Zusätzlich habe das Abendgymnasium damals Probleme gehabt, genügend Studierende zu bekommen. Ferner gebe es heute eine andere Struktur; das Abendgymnasium sei de facto nur noch ein Bestandteil des Berufsbildungskollegs.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. Änderung der Entgeltordnungen wegen der Einführung der Ehrenamtskarte 0006/2013

Herr Dr. Speer erklärt, im Vorfeld seien einige Fragen zu diesem Thema an ihn herangetragen worden, die er gerne beantworten möchte. Es sei der Hinweis gekommen, dass das Antragsverfahren für die Ehrenamtskarte sehr bürokratisch sei. Das Antragsverfahren sei vom Ministerium vorgegeben. Das Ministerium erhebe mit dem Antrag auch Informationen für statistische Zwecke. Die zuständige Sachbearbeiterin sei bei der Antragstellung aber gerne behilflich. Ferner sei die Frage gestellt worden, warum Übungsleiter in Sportvereinen keine Ehrenamtskarte erhalten könnten. Übungsleiter in Sportvereinen könnten ebenfalls eine Ehrenamtskarte erhalten, wenn sie nur eine Kostenerstattung bekämen. Übungsleiter, die eine Übungsleiterpauschale oder eine Vergütung erhielten, könnten keine Ehrenamtskarte erhalten, da sie nicht ehrenamtlich tätig seien. Auf die Frage nach dem Angebot der Bäder GmbH könne er mitteilen, diese werde, wenn der Aufsichtsrat dies so beschließe, 10 % Ermäßigung auf den normalen Eintritt am Montag, Mittwoch und Donnerstag von 12.00 - 14.00 Uhr gewähren, 15 % Ermäßigung beim Erwerb einer Stammgastkarte und 20 % Ermäßigung für den Besuch der Sauna im Kombibad Paffrath, wenn gleichzeitig eine zweite Karte zum regulären Tarif erworben werde. Die Frage nach dem Einnahmeverlust könne er noch nicht beantworten; dieser sei noch nicht zu beziffern. Das Ministerium, welche die Einführung der Ehrenamtskarte betreue, gehe davon aus, dass keine Einnahmenverluste zu erwarten seien, da erfahrungsgemäß Ehrenamtskarteninhaber eine zweite Person mitbrächten, die den regulären Eintrittspreis zahlen würden. Sollten die Einnahmenverluste wider Erwarten gravierend sein, werde dem Ausschuss darüber berichtet und eine Änderung vorgeschlagen. Zum Marketing möchte er noch erklären, die Einführung der Ehrenamtskarte sei im März. Es werde pressewirksam darauf hingewiesen. Derzeit erfüllten 76 Antragsteller die Bedingungen für die Ehrenamtskarte.

Frau Lehnert findet, dies sei ein guter Einstieg in die Ehrenamtskarte. Es sollten aber weitere Sponsoren gesucht werden, die Vergünstigungen anböten.

Frau Winkels teilt mit, auch die SPD finde den Beschlussvorschlag gut.

Herr Klein erklärt, die Fraktion DIE LINKE./BfBB finde diese Art der Einbindung der Ehrenamtler in die Kulturangebote der Stadt ebenfalls gut. Losgelöst davon und vor dem Hintergrund, dass keine zusätzlichen Kosten entstünden, möchte er aber auch noch einmal darauf hinweisen, dass dieser Ausschuss den Zugang für Asylbewerber bei der Diskussion um die neuen Eintritte in die Städtische Galerie Villa Zanders ausgeschlossen habe. Dies habe die Fraktion nachdenklich gemacht.

Herr Dr. Miede lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die beschriebenen Vergünstigungen für die Ehrenamtskarte zu gewähren.

8. Änderung der Archivbenutzungssatzung *0637/2012*

Frau Lehnert hat eine Frage zur Formulierung des § 8, Absatz 4, Satz a.: „Gebühren können für Schülerinnen, Schüler und Studierende sowie für Inhaberinnen und Inhaber der Ehrenamtskarte NRW um die Hälfte ermäßigt werden“. Sie möchte gerne wissen, warum hier „können“ stehe und nach wessen Ermessen dies geschehe.

Herr Dr. Eßer erklärt, diese Formulierung sei mit den städtischen Juristen abgeklärt. Diese Formulierung verpflichteten sie nicht, in allen Fällen das Vorliegen der Voraussetzungen für die Ehrenamtskarte zu prüfen. Spreche ein Ehrenamtskarteninhaber vor, bekomme er die Ermäßigung. Bei einer schriftlichen Anfrage müssten sie vor Erteilung eines Gebührenbescheides aber nicht nachfragen, ob der Anfragende eine Ehrenamtskarte habe.

Frau Lehnert erklärt, es gehe ihr hierbei nicht nur um die Ehrenamtskarteninhaber, sondern um alle hier erwähnten. Sie möchte gerne wissen, warum hier „können befreit werden“ stehe und nicht „werden befreit“.

Herr Dr. Eßer antwortet, „können“ bedeute, die Ermäßigung werde pragmatisch dann erteilt, wenn jemand einen Schülerschein, Studentenausweis oder die Ehrenamtskarte vorlege.

Herr Klein möchte noch gerne wissen, wie die Einnahmenverluste bzw. die finanziellen Auswirkungen berechnet worden seien.

Herr Dr. Eßer erklärt, die finanziellen Auswirkungen seien geschätzt worden.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

Der IV. Nachtragssatzung zur Archivbenutzungssatzung wird zugestimmt.

9. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfrage Frau Bischoff:

Frau Bischoff hat eine Anfrage bezüglich der Errichtung eines Direktwahlbüros anlässlich der Bundestagswahl im Erdgeschoss der Städtischen Galerie Villa Zanders. Sie möchte gerne folgende Fragen beantwortet haben:

1. Wie bringe die Stadt die Einrichtung eines Wahlbüros mit den Nutzungsrichtlinien des Erdgeschosses in Einklang? Die Nutzungsrichtlinien habe der Ausschuss 2011 beschlossen und gesagt, die Städtische Galerie sei ein Kunstmuseum und dementsprechend solle es auch genutzt werden.
2. Der Fachbereich 3 würde bei Einrichtung eines Wahlbüros die Kosten übernehmen für die Forderungen des Denkmalschutz, Teppich und Aufsicht für die Räume. Sie möchte gerne wissen, ob schon einmal daran gedacht worden sei, dass der Fachbereich 3 auch der Städtischen Galerie eine Kooperation anbieten könne in Form von finanziellen Mitteln; Bürger, die wählen gingen, könnten auch eingeladen werden die Ausstellung zu besuchen.
3. Warum es nicht möglich sei, einen in der Bürgerschaft existierenden Vorschlag für eine Alternative des Wahlbüros im Stadthaus zu überdenken. Im Stadthaus könne ein Büro für das Direktwahlbüro freigemacht werden, in dem zurzeit zwei Leute arbeiteten. Diese zögen für diese Zeit ins Dachgeschoss der Villa. Die Kosten dürften aus ihrer Sicht identisch oder vergleichbar sein.

Herr Mumdey erklärt zu Frage 2, man würde es sehr begrüßen, wenn viele Bürger, die in die Städtische Galerie Villa Zanders zur Direktwahl gingen, auch die Ausstellung besuchten, die Galerie auf eine höhere Akzeptanz stieße und die Besucherzahlen anstiegen. Zu dritten Frage erläutert er, der Verwaltungsvorstand habe über die vorgeschlagene Alternative Stadthaus diskutiert. Die Zahl der Bürger, die von der Direktwahl aber auch von der Briefwahl Gebrauch machten, steige ständig an. Aus Gründen der Bürgerfreundlichkeit habe man in diesem Jahr ein Direktwahlbüro in der Stadtmitte und ein Direktwahlbüro in Bensberg vorgesehen. Die früher genutzten Räumlichkeiten seien sehr beengt und für die Wählerinnen und Wähler nicht mehr zumutbar. Daher habe man nach bürgerfreundlicheren Räumlichkeiten gesucht. Das Direktwahlbüro sei früher in einem Büro des Standesamtes untergebracht gewesen. Auch das Standesamt habe Publikumsverkehr. Ein Umzug dieser Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter sei daher schwierig. Zu Frage 1 erklärt Herr Mumdey, es seien Richtlinien für die Vermietung von Räumlichkeiten in der Städtischen Galerie Villa Zanders beschlossen worden, nicht Nutzungsrichtlinien. Die Städtische Galerie Villa Zanders sei ein städtisches Haus und eine städtische Einrichtung. Hausherr sei die Stadt, im Außenverhältnis gesetzlich vertreten durch den Bürgermeister, bzw. im Vertretungsfall durch ihn. Der Bürgermeister bzw. er seien keine außenstehenden Dritten, d.h. keine Mieter.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, sie finde es bizarr und absurd, dass ein Direktwahlbüro in der Städtischen Galerie Villa Zanders eingerichtet werden soll. Dies sei dem Charakter des Hauses überhaupt nicht angemessen. Das Direktwahlbüro solle doch weiter im Stadthaus sein. Sie finde diese Vermischung kontraproduktiv. Sie bitte darum, dies noch einmal zu überdenken und möchte die Anfrage von Frau Bischoff dahingehend unterstützen.

Anfrage Herr Dr. Miede

Es habe sich eine Initiative „Gesamtschule Gronauer Wald“ gebildet, die für die neue Gesamtschule einen neuen Namen suchen möchte. Dies sei lobenswert. Den Namen der Schule könne jedoch nur die Schulkonferenz beschließen, die aber noch nicht existiere. Dies müsste der Initiative mitgeteilt werden.

Herr Dr. Miede schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Wolfgang Miede
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Dr. Lothar Speer
Fachbereichsleiter

Petra Weymans
Schriftführerin